



Antrag

der Fraktion der F.D.P.

Teilzeitarbeit und befristete Arbeitsverträge

Der Landtag wolle beschließen:

Der schleswig-holsteinische Landtag lehnt die vom Bundeskabinett beschlossene Aufhebung des Gesetzes über arbeitsrechtliche Vorschriften zur Beschäftigungsförderung ab.

Der schleswig-holsteinische Landtag fordert die Landesregierung auf, sich bei der Bundesregierung mit Nachdruck gegen

- die Einführung eines allgemeinen Anspruchs auf einen Teilzeitarbeitsplatz und
- die Einschränkungen der Möglichkeiten des Abschlusses befristeter Arbeitsverträge

einzusetzen.

Christel Aschmoneit-Lücke

und Fraktion

Dr. Heiner Garg